

Die Parlamentswahlen in Griechenland

- Eine Analyse aus linker Sicht -

Von Dominic Heilig*

(fertiggestellt am 6. Mai 2012, 23.52 Uhr - Änderungen vorbehalten)

I. Vorbemerkung

Für die rund elf Millionen GriechInnen endete mit den Parlamentswahlen am 6. Mai 2012 vorerst eine knapp siebenmonatige Zeit des Wartens auf einen erneuten, vorgezogenen Urnengang. Bereits 2009 wurde in Griechenland, welches zurzeit am schwersten von der Finanz- und Wirtschaftskrise im EURO-Raum betroffen ist, zu vorgezogenen Neuwahlen in die Wahlkabinen gerufen. Aus diesen ging damals die sozialdemokratische PASOK als Siegerin hervor. Daraufhin wurde ihr Spitzenkandidat, Giorgos Papandreou, am 6. Oktober 2009 als Premierminister vereidigt. Knapp zwei Jahre später, am 9. November 2011 erklärte Papandreou offiziell seinen Rücktritt. Bis zuletzt hatte sich Papandreou mit seiner Partei an die Regierungsmacht geklammert, hatte seinen Landsleuten sogar in Aussicht gestellt, über den Verbleib Griechenlands in der Europäischen Union (EU) und der EURO-Zone in einer Volksbefragung abstimmen zu lassen. Dies sorgte gegen Ende des vergangenen Jahres nicht nur unter den Eliten in Griechenland selbst, sondern auch in Brüssel bei der Europäischen Kommission und führenden Wirtschaftsstaaten für viel Unruhe. Bevor es aber zu einem solchen Plebiszit kommen konnte, dankte Papandreou unter dem Druck der Troika aus EU, IWF und EURO-Gemeinschaft und vor dem Hintergrund dramatisch sinkender Umfragewerte für seine sozialdemokratische PASOK ab und übergab am 11. November 2011 die Regierungsgeschäfte an den Ex-Banker Loukas Papademos. Papademos stand seitdem einer Regierung aus sozialdemokratischer PASOK und rechtskonservativer Nea Demokratia vor (zeitweise auch der rechtspopulistischen LAOS-Partei) und verhandelte als nicht gewählter Ministerpräsident den Schuldenschnitt für sein Land und setzte tiefgreifende Sparbeschlüsse für Griechenland durch.

Gleichzeitig wuchsen die sozialen Verwerfungen im Land weiter an, die Arbeitslosigkeit stieg auf über 20 Prozent, die Jugendarbeitslosenquote sogar auf über 40 Prozent. In der gleichen Zeit kam es zu massiven Lohn- und Rentenkürzungen, viele soziale Ausgaben, besonders in den Bereichen des Gesundheits- und Bildungswesens wurden gegen Null runtergefahren.

2010 verbuchte Griechenland rund 90 Mrd. Euro an Staatseinnahmen. Dem gegenüber standen Staatsausgaben in Höhe von ca. 114 Mrd. Euro. Das Staatsdefizit belief sich damals auf über 24 Mrd. Euro beziehungsweise 10,5 Prozent des BIP. Der Schuldenstand des Staates belief sich per Ende 2010 somit auf 142,8 Prozent des BIP¹. Die Europäische Kommission ging in ihrer Prognose vom Herbst 2010 von einem Ansteigen der Verschuldung auf 150,2 Prozent im Jahr 2011 aus.²

Ein allgemeines Problem in Griechenland besteht in einer historisch gewachsenen Klientelpolitik und Korruption, welche die Ausgaben des Staates beeinflussen. Des Weiteren besteht in

¹ Vgl. Eurostat Pressemitteilung zu öffentlichem Defizit und Verschuldung. Abgerufen am 26. April 2011.

² Vgl. Eurostat, European Economic Forecast Autumn 2010

Griechenland auch eine große Schattenwirtschaft, Steuerhinterziehung ist im Bereich der Konzerne, mittleren Unternehmen und Freiberufler verbreitet. Es gibt nur eine geringe Kontrolle der Unternehmen durch Finanzbedienstete. Außerdem sind die Militärausgaben des Staates mit ca. vier Prozent des BIP deutlich höher als in allen anderen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union. Griechenland ist, gemessen an der Gesamtverschuldung im Verhältnis zum BIP, das am höchsten verschuldete Mitgliedsland der EU.

Zur Überwindung der sich entwickelnden Staatsfinanzkrise wurde so bspw. am 3. März 2010 eine Erhöhung der Mehrwertsteuer auf 21 Prozent und eine Kürzung der Beamtengehälter beschlossen. Dadurch sollten jährlich 4,8 Milliarden Euro eingespart werden.³ Am 2. Mai 2010 beschloss die griechische Regierung ein mit IWF und EU ausgehandeltes Maßnahmenpaket. Bis 2013 sollten unter anderem durch Abbau von Verwaltungen und Gehaltssenkungen etwa 30 Milliarden Euro eingespart werden.

Insgesamt wurden mit der griechischen Austeritätspolitik die Staatsausgaben zunächst um zehn Prozent zurückgefahren und das staatliche Haushaltsdefizit nahm bis August 2010 auch zunächst ab. Im Gegenzug nahmen jedoch die Haushaltsdefizite bzw. Insolvenzen im privaten Bereich wie auch die Anzahl der Arbeitslosen massiv zu. Die Investitionen, das BIP und somit auch die darauf beruhenden Steuereinnahmen gingen daraufhin drastisch zurück.⁴ Griechenland war durch die Kürzungspolitiken nun endgültig in eine Abwärtsspirale geraten.

Das griechische Parlament stimmte dennoch auf Forderung von EU und IWF dem dritten Kürzungspaket der Regierung am 29. Juni 2011 zu. Bis 2015 will nun die griechische Regierung damit weiter rund 78 Milliarden Euro einsparen (rund 28 Milliarden Euro durch Leistungskürzungen und Steuererhöhungen, 50 Milliarden durch Privatisierungen und den Verkauf staatlicher Immobilien).⁵

Parallel zu den Kürzungspaketen der Regierung Papandreou bzw. der Großen Koalition unter Ministerpräsident Papademos und dem über Monate ausbleibenden Urnengang wuchsen aber die Proteste im Land. Beinahe täglich kam es vor allem in Athen zu Massendemonstrationen und Streiks. An diesen nahm neben den Gewerkschaften und verschiedenen sozialen Gruppen auch die radikale Linke aktiv teil. Vor allem die Kommunistische Partei Griechenlands (KKE) und das radikale Linksbündnis SYRIZA waren Träger des Protestes. Beide Parteien stimmten, wie auch die

³ Vgl. <http://www.abendblatt.de/wirtschaft/article1404862/Griechenland-erhoeht-die-Steuern-und-senkt-Gehaelter.html>

⁴ Vgl. DER SPIEGEL: Griechische Wirtschaft schrumpft dramatisch, in Spiegel: Erst Depression, dann Explosion, August 2010

⁵ Vgl. <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/europas-schuldenkrise/schuldenkrise-parlament-in-athen-stimmt-sparpaket-zu-12754.html>

neugegründete Demokratische Linke (DimAr) keinem der drei Kürzungspakte der Großen Koalition unter Regierungschef Papademos bzw. Papandreou zu. Die Antworten aber, die die drei Linksparteien auf die Fragen zur Überwindung der Wirtschafts- und Finanzkrise des Landes gaben und noch heute geben waren und sind sehr unterschiedlich.

II. Das Wahl- und Parteiensystem

Bei den Parlamentswahlen am 6. Mai 2012 waren nun endlich rund zehn Millionen GriechInnen zur Stimmabgabe aufgerufen. 36 Parteien haben sich an diesem Sonntag dem Wählervotum gestellt.

In Griechenland herrscht Wahlpflicht, Sanktionen haben Nicht-Wähler aber nicht (mehr) zu befürchten. Gewählt wird nicht (wie in Deutschland) mit einem einzigen Wahlzettel, auf dem die Kandidaten aller Listen bzw. Parteien stehen, sondern jede Partei hat eigene Stimmzettel, die allerdings im selben Format und auf gleichem Papier gedruckt werden müssen. Die Kandidaten werden nicht von regionalen (Partei)Organisationen bestimmt, sondern von den jeweiligen Parteivorsitzenden und einer zentralen Wahlkommission, die durch die jeweiligen Parteien berufen werden.

Das griechische Parlament besteht aus einer Kammer, die über 300 Sitze verfügt. Die stimmstärkste Partei erhält 50 sogenannte Bonussitze - die übrigen 250 Sitze werden analog zu den abgegebenen gültigen Stimmen an die Parteien verteilt, die die Dreiprozenthürde überwunden haben.

Insgesamt 288 Sitze werden dabei in 48 Regionen mit mehreren Mandaten und in acht Regionen mit nur einem Mandat vergeben. Dabei gilt die sogenannte Kreuzwahl, d.h. einen Sitz erhalten die Kandidaten, hinter denen die meisten Wähler ein Kreuz gesetzt haben. Die übrigen zwölf Sitze werden unter besonderen griechenlandweiten Kandidatenlisten verteilt, von denen jede Partei eine aufstellt. Mit der Regierungsbildung wird zunächst immer der Parteichef der stärksten Partei im griechischen Parlament beauftragt. Dieser oder diese hat dann drei Tage für Sondierungen Zeit.

Bislang war es in Griechenland unüblich Koalitionsregierungen zu bilden. Meist wechselte die Regierungsgewalt zwischen den beiden großen Parteien, der sozialdemokratischen PASOK und der rechts-konservativen Nea Demokratia. Das Parteiensystem in Griechenland gilt als stark fragmentiert, wenngleich nur wenige Parteien über die Dreiprozenthürde springen und auf den Parlamentssesseln mit Abgeordneten Platz nehmen dürfen.

Die beiden großen Volksparteien organisieren sich jeweils um wenige gut vernetzte (Politiker)Familien herum, so dass durch diese Tatsache und durch die traditionellen Alleinregierungen – begünstigt durch die sogenannten Bonussitze – ein hohes Maß an Kontinuität im griechischen Parlament vorzufinden ist. Dies sollte sich mit den Wahlen am 6. Mai 2012 nun erstmals radikal ändern.

III. Wahlkampf und Prognosen

Das alles bestimmende Thema des beinahe siebenmonatigen Wahlkampfes in Griechenland war die Bewältigung der Wirtschafts- und Finanzkrise, welche sich 2011 zu einer tiefgreifenden Staats(finanz)krise ausgeweitet hatte. Im Vordergrund standen vor allem der Umgang mit den Diktaten der sogenannten Troika, die Fortsetzung der Haushaltskonsolidierung und Sparmaßnahmen sowie die Forderungen Griechenlands in den Verhandlungen mit den privaten Gläubigern und dem internationalen Bankensektor.

Über all diesen Fragen schwebte die Hauptfrage nach dem Verbleib des Landes in der Europäischen Union und/oder der EURO-Zone. Während die beiden großen Volksparteien diese Frage mit einem klaren „JA“ beantworteten, sahen die Antworten an den politischen Rändern weitaus differenzierter und vielfältiger aus.

Während sich die Kommunistische Partei Griechenlands (KKE) für einen Austritt sowohl aus der EU als auch aus der EURO-Zone aussprach, bekannte sich, nach teils turbulenten innerparteilichen Debatten, das radikale Linksbündnis SYRIZA zu einem Verbleib des Landes in der EU. Für einen Verbleib in der EURO-Zone stellte das Bündnis aber zahlreiche Bedingungen auf, wie zum Beispiel den Stopp der Bedienung der Gläubigerforderungen. Die SYRIZA-Abspaltung Demokratische Linke (DimAr) hingegen bejahte den Verbleib in beiden Systemen eindeutig und forderte weitere Anstrengungen bei der Konsolidierung des Haushaltes.

Auf der politischen Rechten sprachen sich sowohl die rechtspopulistische LAOS-Partei, als auch die Morgenrotfaschisten (Chrysi Avgi) für einen Austritt aus der EU und für eine Stärkung des Selbstbewusstseins Griechenlands in Europa aus. Beide thematisierten aber vor allem die Zuwanderung und schrieben die Verantwortung für die Rezession den Flüchtlingen und Migranten im Land zu. Deren Situation hat sich besonders in den letzten fünf Jahren massiv verschärft. In Athen und anderen Städten wurde durch Faschisten und rechte "Bürgerwehren" regelrecht Jagd auf Zuwanderer gemacht, die auch Tote zur Folge hatten.

Die Spielräume gleich welcher Partei in einer möglichen neuen Regierung wurden aber von den WählerInnen als nicht gerade groß eingeschätzt. Denn: Allein im Januar und Februar 2012 sind die Staatseinnahmen im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 44,7 Prozent gesunken. Die Wirtschaft befindet sich, wie die private Kaufkraft auf Talfahrt. Mit einem erwarteten Minus von rund fünf Prozent beim Wirtschaftswachstum 2012 würde das Land zum fünften Mal in Folge in der Rezession feststecken. Das zweite Griechenlandrettungspaket bspw. wurde nur durch die Senkungen des Mindestlohns und eine Kürzung der Renten ermöglicht. Die soziale Lage aber wurde damit nur noch weiter verschärft und die Wut der Menschen stieg weiter an. Viele Griechen zeigten

sich desillusioniert von allen politischen Parteien, vor allem aber von den beiden großen Volksparteien. So wurde bereits vor dem Urnengang mit einer Stärkung der jeweiligen politischen Ränder gerechnet und Verluste bei den beiden Volksparteien einkalkuliert. Das Hauptdilemma zeigte sich besonders an zwei Zahlen: So sprachen sich in Umfragen 80 Prozent der Befragten für einen Verbleib in der EU und der EURO-Zone aus. Zur gleichen Zeit aber gaben ebenfalls rund 80 Prozent der Befragten an, den weiteren Sparkurs der Regierung und der Troika nicht mehr mittragen zu wollen.

Die Umfragen im Vorfeld der Wahlen sahen besonders die Parteien der radikalen Linken vorn. Erstmals seit dem Ende der Militärjunta war die Linke in Griechenland wieder ein ernst zu nehmender Machtfaktor geworden. Seit den 80er Jahren vereinigte sie, wollte man die Panhellenische Sozialdemokratie mitzählen, knapp 50 Prozent der Stimmen auf sich. Nun wurden ihr für vorgezogene Neuwahlen noch im April auch ohne die Sozialdemokraten knapp 42 Prozent vorausgesagt.

Die Situation der radikalen Linken im März, also anderthalb Monate vor den vorgezogenen Neuwahlen in Griechenland, versuchte ein Artikel von mir in der Tageszeitung "neues deutschland" zu beschreiben, der im folgenden in einer gekürzten Fassung abgebildet werden soll.

IV. Die Tragik der griechischen Linken⁶

Der »SPIEGEL« verglich ihn kürzlich mit »Elvis«, wenn er die Bühne betritt. »BILD« bezeichnete ihn als »Halbkriminellen«, der »offen mit gewalttätigen Anarchisten« sympathisiere, diese vermutlich finanziere. Über Alexis Tsipras, 37 Jahre junger Vorsitzender der radikalen Bündnislinken Synaspismos, wurde zuletzt auffällig oft, wenngleich nur holzschnittartig, auch in deutschen Medien berichtet. Dies mag zum einen an seinen aktuellen Popularitätswerten liegen. Laut einer Umfrage gilt er 39 Prozent der Befragten als beliebter Politiker. Allein als »beliebt« zu gelten – bei der durchaus verständlich hellenischen Politikerverdrossenheit -, ist ein Wert an sich. Aufmerksamkeit erhält der Vizevorsitzende der Europäischen Linken aber vor allem wegen der für sein Parteienbündnis SYRIZA guten Umfragewerte von rund zwölf Prozent und der zumindest rechnerisch linken Mehrheit bei den für Mai angekündigten vorgezogenen Neuwahlen. Denn im Bündnis mit der zentralistisch-leninistischen Kommunistischen Partei Griechenlands (KKE), der ebenfalls zwölf Prozent der Stimmen zugesprochen werden, und der Demokratischen Linken (DimAr), die auf rund 18 Prozent in den Umfragen kommt, könnte die radikale Linke ohne die sozialdemokratische PASOK über 40 Prozent der Wähler auf sich vereinigen. Könnte! Denn wie so oft in der Geschichte der radikalen Linken stehen sich die Protagonisten und Parteien beinahe unversöhnlich gegenüber.

Spaltung oder Vielfalt der Linken?

Dass aus der linken Mehrheit nach den Parlamentswahlen vermutlich nichts wird, daran ist auch das griechische Wahlrecht nicht ganz unschuldig. Denn dieses gewährt dem Wahlsieger, sozusagen als Bonus, 50 zusätzliche Sitze in dem 300 Plätze zählenden Parlament. Um diese Bonussitze zugesprochen zu bekommen, müssten KKE, DimAr und SYRIZA eine gemeinsame Wahlliste bilden. Doch dazu wird es nicht kommen, vermutlich nicht einmal zu einer Koalition oder auch nur tief greifender Kooperation nach dem Urnengang. Was nach dem Systemzusammenbruch 1989 in Osteuropa von links fortan als Vorteil gedeutet wurde – die Pluralität der Linken und die daraus resultierende Existenz gleich mehrerer linker Parteien in den Parlamenten -, erweist sich nun als Bumerang. Denn »politisch lässt sich das nicht addieren«, wie es der Chef der Demokratischen Linken, Fotis Kouvelis, zusammenfasste. Kouvelis ist sogar noch populärer als sein Konterpart Tsipras. Beide kennen sich. Sie konkurrierten 2008 um den Vorsitz von Synaspismos. Kouvelis verlor den Machtkampf und gründete 2010 seine Demokratische Linke. Politisch steht Kouvelis'

⁶ Vgl. Heilig, Dominic: Muss Griechenlands Linke die Neuwahlen fürchten?, in neues deutschland vom 17. März 2012 - gekürzte Fassung

Demokratische Linke irgendwo zwischen PASOK und SYRIZA, plädiert für einen Verbleib in der Eurozone und der EU und will über »konstruktive Kritik« die Wettbewerbsfähigkeit griechischer Unternehmen zur Überwindung der Krise steigern. Die exekutiven Sparmaßnahmen haben die Demokratischen Linken im Parlament stets abgelehnt und umwerben nun ausgeschlossene PASOK-Mitglieder. Um diese bemüht sich auch das Parteienbündnis SYRIZA, dessen einflussreichster Bestandteil Tsipras' Synaspismos ist. Das Linksbündnis fordert eine Koalition aller linken, fortschrittlichen Kräfte. SYRIZA, das vor allem unter Akademikern Zuspruch findet, ist die wohl am stärksten in den sozialen Protestbewegungen Griechenlands verankerte Linkspartei und muss auch nach innen mit der Vielfalt der radikalen Linken leben. In der Vergangenheit machte SYRIZA durch heftige Flügelauseinandersetzungen Schlagzeilen. Die bislang proeuropäische Positionierung hat darunter zuletzt gelitten und die Frage nach dem Verbleib in der EU wird mittlerweile nicht mehr von allen eindeutig bejaht. Bereits vor Beginn der aktuellen Krisenproteste in Griechenland unterstützte Synaspismos den vor allem jungen Protest an Schulen und Universitäten. Eine willkommene Angriffsfläche für konservative Parteien. Doch nicht nur für diese. Auch DimAr-Chef Kouvelis sieht in derlei Unterstützung lediglich ein »steriles Dagegensein«. Die seit 20 Jahren amtierende Generalsekretärin der KKE, Aleka Papatou, wirft Synaspismos vor, den »Kapuzenträgern« (gemeint sind gewaltbereite Demonstranten, D.H.) auf den Rücken zu klopfen.

Wenig Verständnis für Ränkespiele

Da kommt es schon mal vor, dass sich die der KKE zuzurechnende Gewerkschaft »Militante Front aller Arbeiter« (PAME) mit gewaltbereiten Demonstranten aus dem anarchistischen Spektrum vor dem Parlament in Athen Straßenschlachten liefert. In dem Maße, wie sich die PASOK in den letzten Jahrzehnten dem europäischen Mainstream annäherte und ihre sozialpolitische Programmatik über den Haufen warf, verbarrikadierte sich die KKE in einem ganz eigenen Dogmatismus und schloss immer wieder KritikerInnen und ReformlerInnen aus der Partei aus. Die KKE lehnt jede Form der Reformierung des bestehenden Systems ab und fordert den Austritt aus dem »imperialistischen Bündnis EU«. Jeder auf Reform ausgerichteten Koalition im Parlament wird von ihr eine Absage erteilt. Alle ihr nicht angeschlossenen oder nahestehenden Organisationen werden kritisch beäugt. Als »revolutionäre Organisation« und »Avantgarde der Arbeiterklasse« sieht sie die »Stunde der Entscheidung« gekommen und fordert dazu auf, sich gegen die griechische Plutokratie hinter der KKE zu versammeln. Das, wen wundert es, lehnen sowohl Kouvelis als auch Tsipras ab.

So kommt es zu dem Paradoxon, dass die griechische Linke trotz ihrer momentanen Stärke Neuwahlen fürchten muss. Die Mehrheit der Griechen, die eine sozial- und wirtschaftspolitische

Kurskorrektur fordert, dürfte wenig Verständnis für die Ränkespiele eben jener Parteien haben, die bislang als einzige ihre Zustimmung zu allen Spardiktaten der Regierung Papademos verweigert haben. Doch ist es akzeptabel, angesichts der sich dramatisch verschärfenden sozialen Situation im Land einen durch die Bevölkerung nicht legitimierten Technokraten aus dem Bankenmilieu, wie es Lucas Papademos ist, weiter regieren zu lassen? Und ist es hinnehmbar, dass von der Zerstrittenheit der politischen Linken auch Rechtsnationalisten profitieren oder sogar die »Morgenrot-Faschisten« (Chrysi Avgi) die Drei-Prozent-Hürde überwinden?

Gemeinsame Themen gibt es genug

Dabei liegen die Gemeinsamkeiten auf der Hand. Und zumindest für eine Übergangszeit sollte es möglich sein, diese in eine Koalition einzubringen. Weder KKE noch SYRIZA oder DimAr würden etwa einen Koalitionsvertrag unter dem Diktat von Schäuble oder IWF beschließen. Vielmehr könnte ein Dreierbündnis zum Beispiel damit beginnen, die Kapitalflucht ins Ausland zu stoppen, Verbindlichkeiten auf ihre Rechtmäßigkeit zu prüfen, das Bankenwesen unter öffentliche Kontrolle zu stellen, den Militärhaushalt drastisch herunterzufahren, die Privatisierungen in der öffentlichen Daseinsvorsorge rückgängig zu machen, die Mindestrenten anzuheben, kostenlose Essensversorgung an Schulen und in Kindertagesstätten einzuführen, die wenigen Vermögenden im Lande gerecht zu besteuern, Korruption abzubauen und das Leben von Migranten und Flüchtlingen endlich zu schützen. Die radikale Linke könnte beispielsweise den von der EU und ihrer Grenzschutzagentur FRONTEX geforderten Bau des Grenzzauns zur Türkei abbrechen. Elf Kilometer Stacheldraht nach US-amerikanischen Vorbild kosten bereits jetzt drei Millionen Euro, die bislang aus dem griechischen Haushalt entnommen werden sollen. 200 Kilometer sollen insgesamt gesichert werden. Finanziell ist das angesichts der Milliardenschulden des Landes nicht viel, aber ein Anfang wäre es allemal. Von der Sicherung des Überlebens von Tausenden von Flüchtlingen aus Afrika ganz zu schweigen.

Den Menschen in Griechenland überhaupt wieder Hoffnung zu geben, ihnen zu zeigen, dass ihre Proteste, Streiks und Wahlzettel etwas zählen, müsste die allererste Aufgabe der radikalen Linken im Mutterland der Demokratie sein. Debatten über einen möglichen Austritt Griechenlands aus Eurozone oder EU müssen warten.

17. März 2012, neues deutschland

V. Kurzvorstellung der griechischen Linksparteien

1. SYRIZA – Bündnis der radikalen Linken

Das Parteienbündnis SYRIZA bildete sich erstmals vor den Parlamentswahlen 2004 als Bündnis aus neun linken Parteien und Organisationen. Größte und einflussreichste Partei in dem Bündnis war Synaspismos. Synaspismos ist Gründungsmitglied der Europäischen Linkspartei (EL) und wird von dem jungen wie charismatischen Vorsitzenden, Alexis Tsipras geführt. Bei den Parlamentswahlen 2004 errang SYRIZA 3,26 Prozent der Wählerstimmen und sechs Mandate. Das Bündnis zerfiel danach jedoch weitgehend, da es massive interne Auseinandersetzungen, vor allem um die Rolle von Synaspismos in SYRIZA gegeben hatte. 2007 wurde SYRIZA wieder belebt. Alekos Alavanos wurde zum neuen Präsidenten gewählt und führte einen Linksschwenk durch. Ihm folgte im Februar 2008 Alexis Tsipras. Weitere Gruppierungen schlossen sich nun SYRIZA an. Bei den Parlamentswahlen 2007 erreichte SYRIZA ein Wahlergebnis von 5,04 Prozent der Stimmen und 14 Sitze im Parlament. Bei den Parlamentswahlen 2009 ging der Stimmanteil leicht auf 4,6 Prozent zurück (13 Sitze).

Vor den Wahlen 2012 hatte Alexis Tsipras nachdrücklich für ein Bündnis der linken und fortschrittlichen Kräfte geworben, welches aber sowohl von der Demokratischen Linken, als auch von der KKE aus unterschiedlichen bzw. entgegengesetzten Gründen abgelehnt worden war.

2. KKE – Die Kommunistische Partei Griechenlands

Die KKE ist die drittgrößte und älteste politische Partei in Griechenland. Sie ist eine der wichtigsten und zugleich radikalsten kommunistischen Parteien Europas. Anknüpfend an ihre Rolle in der Geschichte des modernen Griechenlands vertritt die Partei heute noch kommunistische Thesen in der Tradition des internationalen Marxismus und Leninismus. Entsprechend versteht sie sich nicht als reformistisch oder eurokommunistisch sondern als revolutionär. Sie strebt den Sturz der kapitalistischen Gesellschaftsordnung an. Die Kommunistische Partei lehnt sowohl die Politik der USA, die Europäische Union als auch die NATO ab. Gleichzeitig vertritt die KKE die These, dass eine endgültige positive Entwicklung zugunsten der arbeitenden Bevölkerung nur durch die (revolutionäre) Machtübernahme der großen Volksmehrheit und eine demokratisch gelenkte Wirtschaft in Staats- und Kollektivhand stattfinden kann. Die KKE hat vor diesem Hintergrund auch jeden Eintritt in eine mögliche Linksregierung von vornherein abgelehnt. Sie steht dem Bündnis SYRIZA besonders kritisch bis ablehnend gegenüber, vor allem wegen dessen pro-europäischer Haltung. SYRIZA wird von der KKE vorgeworfen, keinen klaren Klassenstandpunkt zu vertreten

sondern Illusionen über einen reformierten, menschlichen Kapitalismus zu verbreiten. Eine Einigung im innerlinken Konflikt scheint daher unwahrscheinlich und Kooperationen der beiden Linksparteien gibt es nur in Einzelfällen. Als „Hauptgegner“ gilt der KKE in der aktuellen Situation jedoch der „Dikommatismos“ (Zweiparteiensystem).













3. DimAr – Demokratische Linke

Die DimAr entstand als Abspaltung von Synaspismos im Juni 2010. Damals traten mehr als 550 Mitglieder des gemäßigten Flügels, unter ihnen vier Parlamentsabgeordnete, aus der Linkskoalition aus und gründeten ihre eigene Partei. Vorsitzender der Partei ist der Parlamentsabgeordnete Fotis Kouvelis, der zuvor im Kampf um den Parteivorsitz gegen Alexis Tsipras unterlegen war. DimAr ist politisch zwischen SYRIZA und PASOK einzuordnen. 2012 tritt die Partei erstmals zu landesweiten Wahlen an.

VI. Wahlergebnisse

Tabelle 1:⁷

landesweite Ergebnis nach Auszählung von 99,7 Prozent der Stimmbezirke

Parliamentary Elections 2012				Parliamentary Elections 2009			
Party	%	Votes	Seats	Difference% Parl. 2009	%	Votes	Seats
	18,85	1.189.122	108	-14,62	33,47	2.295.719	91
	16,78	1.058.103	52	+12,18	4,60	315.665	13
	13,18	831.444	41	-30,74	43,92	3.012.542	160
	10,60	668.759	33				
	8,48	534.695	26	+0,94	7,54	517.249	21
	6,97	439.669	21	+6,68	0,29	19.624	
	6,10	384.966	19				
	2,93	184.793		+0,40	2,53	173.589	
	2,90	183.003		-2,73	5,63	386.205	15
	2,56	161.171					
	2,15	135.464					
	1,80	113.705					
Rest	6,70	422.223		+4,68	2,02	137.828	

Die Wahlbeteiligung lag bei rund 65,08 Prozent (2009: 70,95)

⁷ Vgl. <http://national12.ekloges.dolnet.gr/index.php?lang=en>

Tabelle 2:⁸

Regionale Ergebnisse – Platz eins in den einzelnen Regionen

Prefectures							
	A' ATHINA		A' PIREAS		A' THESSALONIKI		ACHAIA
	AITOLOAKARNANIA		ARGOLIDA		ARKADIA		ARTA
	ATTICA		B' ATHINA		B' PIREAS		B' THESSALONIKI
	CHALKIDIKI		CHANIA		CHIOS		CYCLADES
	DODEKANISA		DRAMA		EVOIA		EVROS
	EVRYTANIA		FLORINA		FOKIDA		FTHIOTIDA
	GREVENA		ILEIAS		IMATHIA		IOANNINA
	IRAKLEIO		KARDITSA		KASTORIA		KAVALA
	KEFALONIA		KERKIRA		KILKIS		KORINTHIA
	KOZANI		LAKONIA		LARISA		LASITHI
	LEFKADA		LESVOS		MAGNISIA		MESSINIA
	PELLA		PIERIA		PREVEZA		RETHYMNO
	RODOPI		SAMOS		SERRES		THESPROTIA
	TRIKALA		VOIOTIA		XANTHI		ZAKYNTHOS

Partei-Symbole (sortiert nach Wahlergebnis):



- *Nea Demokratia (rechts-konservativ)*



- *SYRIZA (Bündnis der radikalen Linken)*



- *PASOK (Sozialdemokratie)*



- *Unabhängige Griechen (rechts-populistisch, Abspaltung von ND)*



- *KKE (Orthodox-kommunistisch)*



- *Chrysi Avgi (Morgenrot-Faschisten)*



- *DimAr (Demokratische Linke, Abspaltung von Synaspismos)*

⁸ Vgl. <http://national12.ekloges.dolnet.gr/apotelesmata.php?perif=00&lang=en>

VII. Ein vorläufiges Fazit

Zunächst ist festzuhalten, dass sich das griechische Parteiensystem mit den Parlamentswahlen vom 6. Mai 2012 weiter fragmentiert hat. Nach dem Machtverlust von PASOK im November 2011 und dem Eintritt der Partei in eine Große Koalition und unter dem Eindruck weiterer Sparpakete verließ ein großer Teil des linken PASOK-Flügels die Partei bzw. wurde ausgeschlossen und schloss sich vornehmlich SYRIZA oder DimAr an. Beide Linksparteien hatten offensiv um die ausgetretenen oder ausgeschlossenen ehemaligen PASOK-Mitglieder geworben.

Zwar hatten die Sozialdemokraten daraufhin mit herben Stimmverlusten gerechnet, aber einen derart starken Einbruch hatten nur wenige Analysten im Vorfeld verhergesehen. PASOK verlor über 30 Prozent ihrer Stimmen im Vergleich zu den Wahlen 2009 und wurde nur noch drittstärkste Kraft, hinter der radikalen Linken SYRIZA.

Auch die rechts-konservative Nea Demokratia musste herbe Verluste hinnehmen. Sie verlor im Vergleich zu 2009 knapp 15 Prozent ihrer Wähler. Ausschlaggebend dafür dürfte auch die ND-Abspaltung „Unabhängige Griechen (AE)“ sein, die erstmals an Wahlen teilnahm und mit 10,6 Prozent in das griechische Parlament einzog. Die AE sind als rechtspopulistisch einzustufen. Die Partei wurde auch erst kurz vor den Wahlen, am 24. Februar 2012 von dem Parlamentsabgeordneten Panos Kammenos, einem ehemaligen Mitglied der Nea Demokratia, gegründet. Die Partei wendet sich gegen die unter dem Druck der Finanzkrise aufgedrängte Austeritäts-Politik der Großen Koalition. Kammenos war zuvor aus der Fraktion der Nea Demokratia ausgeschlossen worden, nachdem er in einer Vertrauensabstimmung gegen die Koalitionsregierung von Ministerpräsident Loukas Papademos gestimmt hatte. Die Partei setzt sich für die Aufhebung der Immunität von Ministern, Parlamentariern und Beamten vor Strafverfolgung und die Bestrafung derer ein, die die Schuld für die Krise tragen. Sie fordert den Schutz der nationalen Souveränität, deutsche Reparationszahlungen, die Streichung des Memorandums, das sie als illegal bezeichnen, und für den Aufbau eines neuen Griechenland. Der Partei schlossen sich zehn ehemalige Nea Demokratia-Abgeordnete an. Ob diese Partei für eine Koalition mit ND und PASOK zur Verfügung stehen wird, bleibt abzuwarten und wird aber nach den Äußerungen des Parteivorsitzenden als nicht sehr wahrscheinlich betrachtet.

Große Wahlverliererin ist neben den beiden Volksparteien PASOK und ND insbesondere die rechtspopulistische LAOS-Partei. Diese hatte kurzzeitig an der Großen Koalition unter Premier Papademos teilgenommen, war dann jedoch aufgrund sinkender Umfragewerte Anfang 2012 aus der Koalition ausgeschieden. LAOS konnte dennoch nicht die Dreiprozenthürde überwinden und erreichte nur noch 2,9 Prozent (2009: 5,6 Prozent). Diese auf den ersten Blick positive Nachricht, wird durch den

erstmaligen Einzug der Morgenrotfaschisten in das griechische Parlament mehr als nur getrübt. Die Faschisten, die offen zur Jagd auf Migranten aufrufen und über eigene Bürgerwehren verfügen, erzielten beinahe sieben Prozent der Stimmen. Sie dürften vor allem von enttäuschten LAOS-Wählern profitiert haben und mit ihrer radikalen Haltung eine echte Alternative für die Rechtswähler der als „etabliert“ angesehenen LAOS-Partei gegolten haben. Die Morgenrotfaschisten scheiden als mögliche Regierungspartner für alle Parteien im griechischen Parlament vollkommen aus. Dies dürfte ihnen kurzfristig jedoch noch mehr Rückhalt unter der Wahlbevölkerung bringen.

Einer Neuauflage der Großen Koalition zwischen ND und PASOK dürften nach derzeitigem Stand zwei Stimmen fehlen (beiden kommen auf 149 Sitze, nötig wären allerdings 151). Beide Parteien sind also mindestens auf einen dritten Koalitionspartner angewiesen. Und: Beide Parteien haben bereits öffentlich kundgegeben, an dem eingeschlagenen Kurs der Haushaltssanierung im Kern festhalten und eine Regierung der „nationalen Errettung“ bilden zu wollen.

Das in deutschen Medien seit dem 6. Mai 2012 dargebotene Mantra der Radikalisierung der griechischen Politik, vor allem durch das gute Abschneiden von SYRIZA, ist hingegen nicht haltbar. SYRIZA hat im Wahlkampf seine konkreten politischen Alternativen deutlich gemacht. So will das Bündnis die Kapitalflucht ins Ausland stoppen, die Rückzahlungsvereinbarungen mit den Gläubigern (vorerst) aussetzen bzw. ganz zurückfahren, Privatisierungen rückgängig machen und Neuverhandlungen mit der EU und den EURO-Mitgliedsstaaten aufnehmen. Gleichzeitig plädiert das Bündnis für einen Verbleib in der EU und der EURO-Zone, wenngleich unter veränderten Bedingungen. Das Problem: SYRIZA fehlen die Partner. Denn obwohl die radikalen Linksparteien zusammen auf rund 31 Prozent der Stimmen kommen, wird dies nicht zur Bildung einer Linksregierung reichen. Auch die Tatsache, dass sowohl DimAr als auch KKE einem solchen Bündnis eine Absage erteilt haben, spricht dafür, dass Griechenland künftig nicht von links regiert werden wird. SYRIZA hat gleichzeitig aber auch ausgeschlossen in eine Regierung mit ND und/oder PASOK eintreten zu wollen. So wird die radikale Linke in Griechenland trotz ihres historisch besten Ergebnisses - mit rund 17 Prozent - wohl weiter in der Opposition bleiben. Eine Linksregierung wird zudem durch die 50 Bonussitze für die stärkste Partei im Parlament, also die rechts-konservative ND, unmöglich gemacht.

Dennoch ist überraschend, dass SYRIZA derart stark, auf knapp 17 Prozent der Stimmen, zulegen konnte (2009: 4,6 Prozent). SYRIZA wurde vor allem in den urbanen Zentren des Landes überdurchschnittlich stark gewählt und kam sowohl in Athen, als auch in Thessaloniki auf Platz eins. Alle Umfragen hatten SYRIZA zuvor (nur) gut zwölf Prozent vorhergesagt und stattdessen die Demokratische Linke (DimAr) mit bis zu 17 Prozent vorne gesehen. Letztere dürfte trotz ihres

Einzugs in das Parlament ebenfalls als Wahlverliererin gelten. Sie erreichte lediglich sechs Prozent der Stimmen. Obwohl DimAr einer Koalition mit PASOK und ND zuvor eine strikte Absage erteilt hatte, ist diese Option nun nicht mehr gänzlich ausgeschlossen. DimAr dürfte vor allem wegen ihres uneindeutigen Kurses zwischen dem linken Lager und einer Positionierung nah an der PASOK in den letzten Tagen vor der Wahl an Wählervertrauen verloren haben.

Und so kann es durchaus sein, dass im Zuge der schwierigen Koalitionssuche in Griechenland bald wieder Neuwahlen ausgerufen werden und die guten Resultate der radikalen Linken damit wieder dahin wären. Interessant ist aber, dass es der griechischen Linken im Gegensatz zur Linken in Portugal gelungen ist, von der Finanz- und Wirtschaftskrise wahlarithmetisch zu profitieren. Es bleibt abzuwarten, ob dieser Erfolg kontinuierlich fortgesetzt werden kann, oder ob SYRIZA lediglich von einer aktuellen Proteststimmung profitieren konnte, die beim nächsten Mal einen anderen Adressaten finden wird.

Die KKE hingegen konnte ein respektables Ergebnis einfahren, welches aber mit rund neun Prozent der Stimmen vergleichbar mit den Ergebnissen der Partei seit dem Ende der Militärjunta ist. Damit scheint klar, dass die KKE mit ihrer radikalen (Verweigerungs)Haltung auf ein stabiles Wählerreservoir zugreifen kann – wie die Kommunistische Partei in Portugal auch, die ebenfalls als orthodox-dogmatisch gilt – aber keine neuen Wählerschichten mobilisieren kann. Ihr Wählermilieu liegt ausschließlich beim klassischen Industrieproletariat und in den strukturschwachen ländlichen Regionen.

Die Wahlerfolge der politischen Ränder und der Absturz der beiden Volksparteien zeigen aber vor allem ein: die Griechen nicht mehr bereit sind, den zahlreichen Spardiktaten aus Athen und Brüssel bzw. Berlin und Paris, weiter zu folgen. Zum zweiten ist mit dem Wählervotum auch deutlich geworden, dass die Zeiten der Alleinregierungen in Athen vorüber sind und die Wähler Koalitionsregierungen zurzeit mehr Vertrauen schenken.

*Dominic Heilig, Diplom-Politikwissenschaftler aus Berlin analysiert aus Sicht der kandidierenden Linksparteien in unregelmäßigen Abständen Parlamentswahlen in Mitgliedsstaaten der Europäischen Union. Zuletzt erschienen von ihm Analysen der Parlamentswahlen in Spanien, Dänemark und Portugal. Mehr Informationen unter www.dominic-heilig.de